

Faire Finanzmärkte

**New Deal für Europa
im Dienste von
Beschäftigten, Unternehmen
und Verbrauchern**



Fraktion der
Sozialdemokratischen
Partei Europas (SPE)

Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas

SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Herausgeber: Bernhard Rapkay MdEP (V. i. S. d. P.)

www.spd-europa.de

Faire Finanzmärkte

New Deal für Europa im Dienste von Beschäftigten, Unternehmen und Verbrauchern

Gezockt, verspielt, verstaatlicht

Die Gier nach immer höheren Renditen sowie die Zockermentalität insbesondere der institutionellen Investoren haben das globale Finanzsystem gehörig ins Wanken gebracht. Was mit dem Zusammenbruch des US-Hypothekenmarktes im Sommer 2007 begann, hat sich mittlerweile zur größten Finanzmarktkrise nach der großen Depression 1929 ausgeweitet. Selbst diejenigen, die Eingriffe der Politik in der Vergangenheit immer aufs Schärfste kritisiert haben, rufen inzwischen nach dem Staat. Letztlich sollen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler damit die Kosten für das verantwortungslose und inkompetente Handeln einiger geldgieriger Finanzmarktakteure tragen. Dies hat das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Finanzbranche nachhaltig erschüttert.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Teilnahme am Wirtschaftsgeschehen mit Risiken verbunden ist. Der Staat ist deshalb gefordert, Verwerfungen zu verhindern, Risiken kalkulierbar zu halten und für Transparenz zwischen den Marktteilnehmern zu sorgen. Nur so kann die soziale Marktwirtschaft funktionieren; nur so bleibt sozialer Fortschritt mit ökonomischem Fortschritt verbunden. Die Praxis im Vorfeld der Finanzmarktkrise sah jedoch anders aus. Schuld daran waren die globale Dominanz marktradikaler Denkschulen und die Abwesenheit von Politik. Dies gilt auch für Europa. Die Europäische Union und viele ihrer Mitgliedstaaten werden von Konservativen und Liberalen regiert, und zwar in die falsche Richtung. Inzwischen sollte auch dem Letzten klar geworden sein, dass Deregulierung kein Allheilmittel gegen schwaches Wirtschaftswachstum ist. Diese späte Erkenntnis kommt die Weltgemeinschaft nun teuer zu stehen.

SPE fordert seit langem klare Regeln

Im Gegensatz zu den übrigen Fraktionen im Europäischen Parlament steht das Thema Finanzmarktregulierung bei den Sozialdemokraten (SPE) nicht erst seit der Hypothekenkrise in den USA und der daraus resultierenden weltweiten Finanzmarktkrise auf der Agenda. Die Probleme sind seit langem bekannt. Die SPE-Fraktion fordert bereits seit 2002 eine Europäisierung der Finanzaufsicht sowie einen Rechtsrahmen für Hedge Fonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften (Private Equity).¹ Darüber hinaus sprechen sich die sozialdemokratischen Europaabgeordneten seit Jahren für eine Regulierung von Rating-Agenturen aus.²

Unsere Ziele für einen fairen Finanzmarkt sind:

- langfristige Orientierung statt kurzfristigem Auf- und Ab;
- keine Abkopplung von der Realwirtschaft, sondern dienende Funktion für Wirtschaft und Beschäftigung, deshalb auch keine übertriebenen Gewinnerwartungen;
- eine Europäisierung und Internationalisierung der Aufsicht, die damit neue Qualität und Durchschlagskraft gewinnt;
- Produktregeln, Qualitätsstandards und Produktkontrolle soweit nötig, um Finanzmarktkrisen in der Zukunft zu vermeiden.

Konservative und Liberale ignorierten Handlungsbedarf

Weder im globalen Kontext noch auf Ebene der Europäischen Union oder ihrer Mitgliedstaaten sahen Konservative und Liberale im Vorfeld der Finanzmarktkrise Handlungsbedarf. Stattdessen wurden die von der SPE-Fraktion geforderten Regulierungsmaßnahmen immer wieder von der marktradikalen Mehrheit in der Europäischen Kommission, im EU-Ministerrat und im Europäischen Parlament blockiert. Laut EU-Kommission etwa bestand das Problem nicht in zu wenig, sondern in zu viel Regulierung. So erklärte EU-Binnenmarktkommissar McCreevy in 2006, dass Hedge Fonds einen weitaus wertvolleren Beitrag zur Senkung der Kapitalkosten leisteten als jede Regierung und jede Regulierungsbehörde. Selbst im Angesicht der Finanzmarktkrise wies er im September 2008 einen Gestaltungsauftrag für die Politik, etwa bei Hedge Fonds und Private Equity, zurück. So ging wertvolle Zeit verloren. Die drohende Kernschmelze an den Finanzmärkten und der steigende öffentliche Druck zwangen die EU-Kommission jedoch im Oktober 2008 endlich zum Handeln. Seither überschlugen sich die Akteure mit Rettungsvorschlägen. Wenn es an die konkrete Gesetzgebung geht, wird sich zeigen, was von dem plötzlichen Reformeifer wirklich zu halten ist.

¹ Bericht über aufsichtsrechtliche Vorschriften in der Europäischen Union (2002/2061(INI)); Ausschuss für Wirtschaft und Währung; Berichterstatterin: Ieke van den Burg. Bericht mit Empfehlungen an die Kommission zu Hedge-Fonds und Private Equity (2007/2238(INI)); Ausschuss für Wirtschaft und Währung; Berichterstatter: Poul Nyrup Rasmussen. Bericht mit Empfehlungen an die Kommission zu Lamfalussy-Folgemaßnahmen: Künftige Aufsichtsstruktur (2008/2148(INI)); Ausschuss für Wirtschaft und Währung; Co-Berichterstatterin: Ieke van den Burg.

² Bericht über aufsichtsrechtliche Vorschriften in der Europäischen Union (2002/2061(INI)); Ausschuss für Wirtschaft und Währung; Berichterstatterin: Ieke van den Burg. Bericht über die Rolle und die Methoden von Rating-Agenturen (2003/2081(INI)); Ausschuss für Wirtschaft und Währung; Berichterstatter: Giorgos Katiforis.

Potential der Europäischen Union nutzen

In einer globalisierten Welt kann nur ein vereintes Europa den Primat der Politik über die Märkte wiederherstellen. Der Unterschied zur Weltwirtschaftskrise in den 1920er Jahren liegt gerade darin, dass wir heute in der Lage sind gemeinsam zu handeln. Die Europäische Union ermöglicht eine koordinierte Reaktion an Stelle von nationalen Einzelmaßnahmen. Darüber hinaus sind weder die Nationalstaaten noch ihre Volkswirtschaften in der Lage, die Ursachen und Folgen der Krise alleine zu bewältigen.

Der Mehrwert einer handlungsfähigen Europäischen Union liegt gerade auch in Zeiten der Finanzmarktkrise auf der Hand. Größe und Wirtschaftskraft verleihen den ökonomischen und finanzpolitischen Entscheidungen der EU das nötige Gewicht in der Welt. Gleichzeitig sorgt die Europäische Währungsunion für Stabilität.

Rettungsmaßnahmen zügig umsetzen

Mittlerweile ist die Europäische Union gemeinsam mit ihren internationalen Partnern bemüht, verlorenes Vertrauen durch staatliche Interventionen wieder herzustellen. Schweden und Norwegen haben bereits in den 1990er Jahren unter Beweis gestellt, dass dies funktionieren kann. Allerdings sahen sich die beiden nordischen Länder damals nur mit nationalen Krisen konfrontiert.

Die nun auf der europäischen Ebene vereinbarten Rettungsmaßnahmen sollen Wettbewerbsverzerrungen vermeiden und positive Effekte verstärken. Neben Garantien zur Absicherung der Liquidität sind staatliche Beteiligungen sowie die Übernahme von problematischen Finanzprodukten vorgesehen. Dafür muss es jedoch Gegenleistungen in Form von Gebühren, staatlicher Teilhabe und strengen Auflagen (etwa die Beschränkung von Bonuszahlungen und Dividenden) geben. Die Umsetzung erfolgt je nach Bedarf im nationalen Kontext.

Die Rettungsmaßnahmen bieten klammen Finanzinstituten Spielraum, um weiterhin Kredite an Wirtschaft und Verbraucher zu vergeben. Deshalb muss sichergestellt werden, dass die Banken das Angebot auch annehmen und nicht aus falscher Eitelkeit, wettbewerbspolitischem Kalkül oder Angst vor Bonuskürzungen auf die Hilfe verzichten. Einer kurzfristigen Änderung der Bilanzregeln in Europa hat das Europäische Parlament bereits zugestimmt. So wird verhindert, dass im Kern gesunde Finanzinstitute durch momentan unverkäufliche Finanzprodukte in die Knie gezwungen werden. Darüber hinaus soll die Einlagensicherung für Privatanleger bis Ende 2008 auf 50.000 Euro und später dann auf 100.000 Euro erhöht werden. Die angestrebten Rettungsmaßnahmen müssen nun zügig umgesetzt werden. Es dabei bewenden zu lassen, wäre jedoch fatal, sowohl für die Zukunft der Finanzmärkte als auch für die reale Wirtschaft.

Krise erfordert zwingend neue Regulierung

Der Staat beseitigt nicht mit Steuermilliarden den Scherbenhaufen eines aus dem Ruder gelaufenen Finanzmarktes, um anschließend den Zockern und Profithasadeuren wieder das Feld zu überlassen. Jetzt ist die Zeit, den Hebel umzulegen. Ein solide funktionierender Finanzmarkt muss sich durch langfristige Sicherheit auszeichnen und zu Wachstum und Beschäftigung beitragen. Im Interesse der europäischen Unternehmen, ihrer Belegschaften sowie der Verbraucherinnen und Verbraucher setzen sich die deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament daher über die aktuellen Rettungsmaßnahmen hinaus auch weiterhin für eine umfassende Regulierung der Finanzmärkte ein. Ziel ist, die Folgen der Finanzmarktkrise in den Griff zu bekommen und eine Wiederholung zu verhindern. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen die folgenden Punkte:

Mehr Transparenz herstellen

- Finanzmarktinstitute müssen sämtliche Risiken in ihren Büchern verbindlich offenlegen. Das muss auch für zukünftige Geschäftspraktiken gelten.
- Verbraucher und Aufsichtsbehörden müssen wissen, wer die Finanzmarktakteure sind, welche Strategien sie verfolgen und welche Risiken mit ihren Produkten verbunden sind.

Systemische Risiken verringern

- Die prozyklische Ausrichtung des Finanzsektors muss abgebaut werden (Buchungsstandards, Aufsichtsregeln). Wie spanische Erfolge belegen, haben antizyklisch wirkende Regeln positive Auswirkungen (etwa erhöhte Eigenkapitalanforderungen in Boomzeiten, verringerte in der Krise).
- Europa muss klare Regeln für Hedge Fonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften (Private Equity) erlassen.
- Für undurchsichtige Finanzprodukte (etwa Kredite an Hedge Fonds) müssen mehr Eigenmittel bereitgestellt werden als für transparente Produkte.
- Wer investieren will, muss einen Teil des Geldes selbst beisteuern (aufgenommenes Fremdkapital muss im angemessenen Verhältnis zum Eigenkapital stehen).

- Wer Kredite weiter verkauft, muss mindestens 20 Prozent des Risikos in den eigenen Büchern halten (der von der EU-Kommission vorgeschlagene Anteil von 5 Prozent ist nicht akzeptabel).
- Bestimmte problematische Finanzprodukte müssen im Volumen begrenzt oder verboten werden können.
- Ungedechte Spekulation auf fallende oder steigende Kurse müssen verboten werden (schädliche Leerverkäufe).
- Bei der Bilanzierung soll der Anschaffungswert von Finanzprodukten und nicht die schwankende Tagesnotierung zu Grunde gelegt werden (verhindert Verschärfung von Krisen in Zeiten sinkender Kurse).

Kreditmanagement verbessern

- Die Vergabe von großen Krediten muss insbesondere für systemrelevante Banken als auch für Nichtbanken auf 25 Prozent des haftenden Eigenkapitals begrenzt werden.
- Langfristige Darlehen sollten nur begrenzt kurzfristig refinanziert werden (verbesserte Fristenkongruenz im Interesse langfristig sicheren Wirtschaftens).

Vergütungssysteme ändern

- Managergehälter und Bonuszahlungen müssen sich an der langfristigen Entwicklung eines Unternehmens orientieren und auch Misserfolge widerspiegeln.
- Gehen Manager unnötig hohe Risiken ein, müssen sie persönlich dafür zur Verantwortung gezogen werden können.

Ratingagenturen kontrollieren

- Ratingagenturen muss untersagt werden, die Produkte ihrer Kunden zu bewerten und gleichzeitig die Kunden zu beraten (Interessenkonflikt).
- Der Wettbewerb im Bereich der Ratingagenturen muss gestärkt werden.
- Ratingagenturen müssen sich auf der europäischen Ebene registrieren und werden auch auf der europäischen Ebene kontrolliert.
- Der Aufbau einer öffentlichen Ratingagentur in der EU sollte in Betracht gezogen werden.

Europäische Aufsicht stärken

- Eine Europäisierung der Finanzaufsicht ist insbesondere mit Blick auf die grenzüberschreitend tätigen Finanzinstitute erforderlich.
- Die europäischen Börsen-, Banken- und Versicherungsaufsichter müssen auf EU-Ebene Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit treffen können.
- Bei qualifizierten Mehrheitsentscheidungen können die nationalen Aufsichtsbehörden entsprechend des Wertschöpfungsanteils am jeweils zu regulierenden Unternehmen berücksichtigt werden.
- Streitfälle in Aufsichtsfragen werden auf der europäischen Ebene beraten, geschlichtet und entschieden.

Finanzmärkte neu ausrichten

- Der Handel mit komplizierten Finanzprodukten soll an Qualitätsstandards gebunden werden und über Börsen erfolgen. Dies erlaubt Transparenz und Kontrolle (vergleichbar dem Handel mit Aktien, bei dem die Unternehmen an Standards, Publikationspflichten und Verbraucherschutz gebunden sind).
- Steueroasen müssen als Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen ausgetrocknet werden.
- Schon eine sehr geringe Steuer auf Finanztransaktionen würde zur Begrenzung von kurzfristigen Spekulationen beitragen.
- Neben den Anstrengungen auf EU-Ebene müssen auch weltweit neue Regeln für die Finanzmärkte ausgearbeitet und überwacht werden. Der Internationale Währungsfonds sowie andere globale Finanzmarktinstitutionen (etwa Weltbank, Forum für Finanzmarktstabilität) spielen hier eine zentrale Rolle.

Real- wirtschaft stärken, Beschäftigte sichern

Weltweit haben Finanzinstitute nach Schätzungen der britischen Notenbank bisher rund 2.200 Milliarden Euro verzockt. Tausende Beschäftigte in der Finanzmarktbranche verloren bereits ihre Jobs. Die Krise ist aber längst nicht mehr auf den Finanzsektor begrenzt. Immer mehr Branchen haben mit den Folgen zu kämpfen. Wenn 2.200 Milliarden Euro an Verlusten zu verzeichnen sind, können wegen der geschrumpften Eigenkapitalbasis der Banken weltweit rund 23.000 Milliarden Euro an Krediten nicht mehr vergeben werden. Dies entspricht etwa dem zehnfachen des deutschen Bruttoinlandsproduktes. Die europäische Konjunktur befindet sich im Abschwung. Für 2009 wird in der EU mit einer Stagnation des Wirtschaftswachstums gerechnet. Die Eurozone rutscht voraussichtlich sogar in die Rezession.

Wir Sozialdemokraten im Europäischen Parlament fordern vor diesem Hintergrund einen New Deal für Europa. Nötig ist eine nachhaltige EU-Strategie, die aus einem Dreiklang von gut funktionierenden Finanzmärkten, der Sicherung von Einkommen und Beschäftigung sowie gezielten Modernisierungsinvestitionen besteht. Mit Blick auf die Realwirtschaft geht es dabei nicht um Subventionen mit der Gießkanne, sondern vielmehr um eine intelligente Wachstumsstrategie, wie schon seit Jahren von der SPE-Fraktion gefordert. Die ökologische Modernisierung der europäischen Wirtschaft sowie verstärkte Anstrengungen im Bereich Bildung und Forschung spielen dabei eine zentrale Rolle. Europa muss heute in die Zukunft investieren, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen langfristig zu sichern. Das schafft Jobs und stärkt die Kaufkraft. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen die SPD-Europaabgeordneten:

Folgen der Krise lindern

- Europäische und nationale Anti-Krisen-Programme müssen gezielte investive Impulse für eine starke europäische Wirtschaft setzen, etwa in den Bereichen nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, neue Antriebstechnologien, energetische Gebäudesanierung und Erzeugung regenerativer Energien.
- Mittelfristig geplante Investitionen in europäische und nationale Infrastrukturprojekte müssen vorgezogen werden, dazu zählt insbesondere auch der Ausbau von Breitbandnetzen.
- Kleine und mittlere Unternehmen brauchen Zugang zu Kapital, damit sie investieren können. Deshalb muss das entsprechende Kreditvolumen der Europäischen Investitionsbank erhöht werden.
- Die EU-Förderprogramme und der EU-Globalisierungsfonds gehören angesichts der Wirtschaftskrise auf den Prüfstand und müssen gegebenenfalls neu ausgerichtet werden. Auch hier gilt es geplante Ausgaben vorzuziehen.
- Eventuelle staatliche Bürgschaften für Unternehmen sollten sich besonders auf innovative und nachhaltige Bereiche konzentrieren und mit Auflagen versehen werden (keine Dividendenzahlung, Höchstgrenzen für Managergehälter, staatliche Teilhabe etc.).
- Die Kaufkraft der unteren Einkommensgruppen muss nachhaltig gestärkt werden.
- Im Rahmen des Sozialen Dialogs müssen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf die Sicherung bestehender Beschäftigungsverhältnisse sowie Initiativen für neue Jobs verständigen.

Intelligentes Wachstum fördern

- Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft kann durch geringeren Energieverbrauch und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien deutlich gesteigert werden. Dies fördert regionale Wertschöpfung und verhindert ein Abfließen von Kaufkraft zur Bezahlung von Energie.
- Europa braucht mehr Anstrengungen bei Forschung und Entwicklung (etwa in den Bereichen erneuerbare Energien, neue Werkstoffe, Nanotechnologie, neue Medizintechniken und Pharmazeutika) sowie der anschließenden Vermarktung innovativer Produkte.
- Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen mit Hilfe der Europäischen Investitionsbank neue Finanzinstrumente zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen entwickeln (etwa European Bonds).
- Strategien für intelligentes Wachstum müssen zentral in der europäischen Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik verankert werden.

Gemeinsam handeln

- Erst die bessere Koordination nationaler Wirtschafts- und Fiskalpolitik auf EU-Ebene kann das ökonomische Potential Europas zur vollen Entfaltung bringen. Dies gilt insbesondere im Bereich der Zukunftsinvestitionen.
- Dem ruinösen Wettlauf um die niedrigsten Steuer- und Abgabenlast in Europa muss durch eine stärkere Vereinheitlichung der Unternehmens- und Zinsbesteuerung begegnet werden.
- Durch europäische Kofinanzierung können wichtige Investitionen seitens der EU-Mitgliedstaaten aber auch privater Unternehmen angestoßen werden.
- Die Länder der Eurogruppe müssen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik stärker zusammenarbeiten und ihre Kooperation auch in anderen Bereichen intensivieren (etwa Forschung, Aus- und Weiterbildung, Umwelt, Beschäftigung, Wettbewerbspolitik).
- Der gemeinsamen Geldpolitik stehen derzeit dezentrale Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitiken gegenüber. Hier muss an die Stelle nationaler Alleingänge endlich die verbesserte politische Koordination in Europa treten.

In die Fähigkeiten der Menschen investieren

- Der wichtigste Rohstoff Europas sind das Wissen und die Fähigkeiten der Menschen. Deshalb muss deutlich mehr in gerechte und leistungsstarke Bildungssysteme investiert werden. Insbesondere im Bereich der Aus- und Weiterbildung sind die Unternehmen mit in der Pflicht.
- Die EU-Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger Zugang zu bezahlbarer Nahrung, Wohnraum und Energie sowie zu sozialen Dienstleistungen von hoher Qualität haben.
- Eine Stärkung und Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung ist eine Frage der Motivation von Beschäftigten, aber vielmehr noch ein entscheidendes Merkmal moderner europäischer Unternehmenskultur, in der die Würde der Arbeit zählt.

Hintergrund

Finanzmarkt- krise

Die weltweite Finanzmarktkrise, die mit der amerikanischen Hypothekenkrise im Sommer 2007 ins Rollen gekommen war, dauert Ende 2008 noch immer an. Experten gehen davon aus, dass die Folgen auch über 2009 hinaus noch spürbar sein werden. Beim Platzen der Hypothekenblase in den USA stellte sich heraus, dass viele Schuldner ihre Subprime-Kredite (Hypotheken an Schuldner mit schlechter Bonität) nicht mehr bedienen konnten. Die Kredite warfen in guten Zeiten eine hohe Rendite ab. Daher wandelten die Banken sie in handelbare Wertpapiere um und verkauften sie weltweit weiter. Dabei wurden sie immer wieder neu gemischt und zusammengestellt. Letztlich war das damit verbundene Risiko für die Käufer nicht mehr ersichtlich. Viele Finanzinstitute lagerten die Wertpapiere in so genannte Zweckgesellschaften aus. Die hochriskanten Verpflichtungen tauchten somit nicht mehr in den Bilanzen der Banken auf und mussten folglich auch nicht mit Eigenkapital abgesichert werden. Gleichzeitig wurden sie damit der Aufsicht der Finanzmarktbehörden entzogen.

Hedge Fonds und Private Equity

Die Aktivitäten von Hedge Fonds und Kapitalbeteiligungsgesellschaften (Private Equity) wirkten bei der Finanzmarktkrise als Katalysator. Zum einen hatten sie selbst in schlechte Kredite investiert und sich durch geliehenes Geld finanziert. Dies birgt ein hohes systemisches Risiko, für den Fall, dass ein Hedge Fonds zusammenbricht. Zum anderen trieben die Hedge Fonds durch hochspekulative Leerverkäufe gesunde Finanzmarktinstitute in den Bankrott. Bei Leerverkäufen werden geliehene Aktien an der Börse platziert. Die Hedge Fonds wetten dabei auf fallende Kurse, um die Aktien später zu einem günstigeren Preis wieder zurückzukaufen und an den eigentlichen Besitzer zu übergeben. Je höher der Kursverlust, desto größer der Gewinn der Hedge Fonds. Eine weitere bei Hedge Fonds und Private Equity gleichermaßen übliche Geschäftspraktik sind so genannte Leverage Buy-Outs. Dabei wird ein Unternehmen zunächst mit geliehenem Geld gekauft und die Kreditlast anschließend auf das gekaufte Unternehmen übertragen. So kann ein gesundes Unternehmen über Nacht zum Sanierungsfall werden. Der Gewinn eines Fonds fällt umso höher aus, je höher die Rendite im Vergleich zu den Zinsverbindlichkeiten ist.

Rating- agenturen

Ratingagenturen tragen eine große Mitschuld an der Finanzmarktkrise. Sie haben Interessenkonflikte bewusst in Kauf genommen und Bewertungen für Finanzprodukte abgegeben, die sie zuvor selbst für die Finanzinstitute entwickelt hatten. Bezahlt wurden die Bewertungen nicht vom Käufer, sondern vom Verkäufer. Von Objektivität kann da keine Rede mehr sein. Viele Finanzprodukte, darunter auch die verbrieften Kredite des US-Hypothekenmarktes, erhielten so Spitzenbewertungen, obwohl sie über keine direkte Kundenbeziehung mehr verfügten (strukturierte Produkte). Der Wert der Produkte und die Verteilung des Risikos waren damit nicht mehr klar. Außerdem konnten im Falle von Zahlungsschwierigkeiten einzelner Schuldner keine Sanierungspläne erstellt werden. Vollaussfälle waren somit vorprogrammiert.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie bei:

Pressestelle der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

67, Rue Wiertz

B-1047 Brüssel

Tel: 0032 2 284 36 65

Fax: 0032 2 284 49 22

e-mail: pse.delegationDE@europarl.europa.eu